

II-485 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 249 /J

1983 -10- 19

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. FEURSTEIN, Dr. Blenk, Türtscher, Dr. Maria Hosp
und Genossen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Anwendung des Mehrwertsteuersatzes von 8 % für
Leistungen von planenden Baumeistern

Mit Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 11.3.1983
hat der Verfassungsgerichtshof Bescheide der Finanzlandes-
direktion für Vorarlberg sowie der Finanzlandesdirektion
für Wien, Niederösterreich und Burgenland, mit denen die
Umsätze von planenden Baumeistern, in Abweichung von der
jeweiligen Erklärung, dem Normalsteuersatz von 18 % unterzogen
wurden, aufgehoben. Die Aufhebung der angefochtenen Bescheide
wurde mit der Gleichheitswidrigkeit begründet.

Der Verfassungsgerichtshof hat eindeutig festgestellt, daß
die planenden Baumeister ausschließlich in dem sich mit den
Architekten deckenden Teilbereich tätig sind und gerade
jene Tätigkeit nicht ausüben, die mit dem Beruf des Baumeisters
ansonsten typischerweise verbunden sind. Der Verfassungs-
gerichtshof hat weiters erkannt, daß der ermäßigte Steuersatz
des § 10 Abs.2 Z.7 lit.c UstG 1972 für Umsätze, die von
planenden Baumeistern erzielt werden, anzuwenden ist.

Trotz dieses Erkenntnisses werden von den Finanzbehörden
die Umsätze von planenden Baumeistern nach wie vor dem
Normalsteuersatz von 18 % unterzogen. Das Bundesministerium für
Finanzen hat es bisher unterlassen, die Konsequenzen aus dem
Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 11.3.1983 den
nachgeordneten Finanzbehörden mitzuteilen.

- 2 -

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen folgende

A n f r a g e :

- 1. Aus welchen Gründen wurden die nachgeordneten Finanzbehörden bisher von dem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 11.3.1983 B 545/79-16 und B 469/80-10 nicht informiert ?*
- 2. Aus welchen Gründen werden in den Umsatzsteuerbescheiden die Umsätze von planenden Baumeistern nach wie vor dem Normalsteuersatz von 18 % unterzogen ?*
- 3. Wann werden Sie die nachgeordneten Finanzbehörden über die geänderte Rechtslage informieren ?*